

Fünf nach Zwölf für die Staatsverschuldung - eine Gefahr für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft.

Vortrag
am 21.8.2012 beim Heimatverein Düsseldorfer Jonges
im Henkel-Saal, Düsseldorf- Altstadt
(Redetext)

Mein Thema heute ist die Zukunftsfähigkeit. Genauer gesagt, die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft, für die wir alle verantwortlich sind. Bundespräsident Joachim Gauck hat das so ausgedrückt:

„Es ist unser Land, in dem wir Verantwortung übernehmen. Es ist der Mühe wert, es unseren Kindern so anzuvertrauen, dass auch sie zu diesem Land 'unser Land' sagen können.“

Ich bin davon überzeugt, dass die Politik der von unserem Bundespräsidenten angemahnten Verantwortung nicht gerecht wird. Ich weiß, dass ein solch schwerer Vorwurf begründet werden muss.

Ich werde daher zunächst aufzeigen, in welchem Umfang wir in Deutschland bereits die Zukunft belastet haben. Dann spreche ich über die Europäische Währungsunion, die ich für einen gut gemeinten, aber schlecht ausgeführten Plan halte. Am Ende wage ich dann eine Wegbeschreibung, wie die Zukunftsfähigkeit Europas (noch) gerettet werden kann.

Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich Schulden gemacht. Zum Jahresende 2011 betragen die Schulden 2.030 Mrd. Euro, das sind 25.000,-- Euro für jeden Bundesbürger.

An diesem Schuldenberg sind alle staatlichen Ebenen beteiligt. Der größte Brocken entfällt mit 63 % auf den Bund. Dann folgen die Länder mit 31 % und dann die Gemeinden mit 6 %.

Hier in Düsseldorf möchte ich die Schulden von NRW nicht verschweigen. Der Schuldenberg unseres Bundeslandes betrug zum Jahresende 2011 insgesamt 177 Mrd. Euro.

Wenn die Politik Schulden macht, braucht sie dazu Partner, die ihr das Geld geben. Diese Partner sind keine Wohltäter. Es sind Investoren, die Zinsen verlangen und ihr Geld auch zurück haben wollen.

Bei einem angenommenen Zinssatz von 4 % müssen wir für den Schuldenberg jährlich 81 Mrd. Euro an die Investoren bezahlen. Auch wenn die tatsächlichen Zinszahlungen in 2011 mit 66 Mrd. Euro noch unter dieser Prognose lagen, ist dies kein Grund zum Durchatmen. Bereits jetzt zahlt jeder Bundesbürger 807,-- Euro an Steuern für diese Zinsbelastung.

Diese Zinsen sind bedingungslos an die Investoren zu zahlen. Sie entziehen sich jeder Gestaltungsmöglichkeit durch die Politik und stehen damit für Zukunftsinvestitionen nicht mehr zur Verfügung.

Das was wir in den öffentlichen Haushalten sehen können, ist nicht die ganze Wahrheit. Wie bei einem Eisberg gibt es hier auch unter Oberfläche unsichtbare Schulden. Dies betrifft die Beamtenpensionen und die Sozialversicherungssysteme. Die Politik hat hier Leistungen versprochen, die erst in der Zukunft zu Zahlungen führen werden.

Nach den Berechnungen der Stiftung Marktwirtschaft betragen die unsichtbaren Schulden 3.650 Mrd. Euro. Zusammen mit den sichtbaren schulden hat Deutschland eine Nachhaltigkeitslücke von 5.700 Mrd. Euro. Um dies überhaupt begreifbar zu machen, hat die Stiftung Marktwirtschaft folgende Berechnung erstellt: Wenn dieser Schuldenberg jemals zurückgezahlt werden sollte, müsste jeder heute lebende und in den nächsten 100 Jahren geborene Bürger monatlich, zusätzlich zu den sowieso zu zahlenden Abgaben, monatlich einen Betrag von 260,-- Euro an den Staat abführen.

Die Art der Rechnungslegung für die öffentlichen Haushalte, bei der künftige Belastungen nicht ausgewiesen werden, mag für einen Zeitungskiosk ausreichend sein. Sie ist es aber nicht für die ordnungsgemäße Bilanzierung des Unternehmens Deutschland. Wir brauchen daher die Einführung von Generationenbilanzen, damit das bedrohliche Ausmaß des bisher nicht vorhandenen Interessenausgleichs zwischen den Generationen sichtbar wird.

Jetzt ein Blick auf den Bundeshaushalt 2012. Er hat Ausgaben von 313 Mrd. Euro, denen Einnahmen von 281 Mrd. Euro gegenüberstehen. Die Differenz wird durch eine Neuverschuldung von 32 Mrd. Euro gedeckt. Bemerkenswert ist, dass der Bund diese neuen Schulden macht, obwohl die geplanten Steuereinnahmen in 2012 um fast 30 Mrd. Euro höher sind als 2010.

Das ist die Ausgabenseite des Bundeshaushaltes. Sie enthält zum ersten Mal einen Posten, den es noch nie in einem Bundeshaushalt gegeben hat. Das ist eine Ausgabe von 9 Mrd. Euro für die Kapitalausstattung des dauerhaften Rettungsschirms ESM. Damit haben wir die erste direkte Belastung des Bundeshaushalts durch die Europäische Schuldenkrise. Der Rettungsschirm hat eine Größe von 700 Mrd. Euro, Deutschland ist mit 190 Mrd. Euro beteiligt. Davon entfallen 22 Mrd. Euro auf die Kapitalausstattung. Der schon geleisteten Einzahlung von 9 Mrd. Euro werden noch weitere 13 Mrd. Euro folgen. Auf die Rettungsschirme komme ich später noch einmal zurück.

Die übrigen Ausgabenposten: Für die Zinsen zahlen wir 35 Mrd. Euro. Sie sind doppelt so hoch wie die Ausgaben für Bildung und Forschung von 17 Mrd. Euro. Der Bereich Arbeit und Soziales verschlingt 155 Mrd. Euro, das sind 50 % aller Ausgaben. Die Ausgaben für Zinsen, Arbeit und Soziales betragen zusammen 190 Mrd. Euro. Das sind 61 % der Ausgaben.

Noch eine interessante Kennziffer: Die Steuereinnahmen in 2012 von 252 Mrd. Euro werden zu fast 80 % für die Ausgaben für Zinsen, Arbeit und Soziales und den ESM von insgesamt 199 Mrd. Euro verbraucht.

Noch einmal zur Verdeutlichung: Die Ausgaben für Zinsen, Arbeit und Soziales sind ererbte Verpflichtungen aus der Vergangenheit. Wenn diese weiter steigen, bleibt immer weniger für die Gestaltung der Zukunft übrig. Deutschland hat bereits jetzt zu geringe Investitionen in Bildung und Infrastruktur. Hier drohen gravierende Verteilungskonflikte, die die Politik durch Aussitzen nicht weiter in Richtung der kommenden Generationen verschieben darf.

Nach dieser Standortbeschreibung für Deutschland betrachten wir jetzt die Europäische Währungsunion. Ich erläutere zunächst die Schuldenpolitik der Euroländer. Dann bewerte ich das Euro-Krisenmanagement und beschreibe anschließend den aktuellen Zustand der Eurozone.

Vor dem Blick in die Schuldenhöhle werde ich eine kleine Geschichte erzählen, in der ich die Währungsunion mit einer Wohnungseigentümergeinschaft vergleiche. Diese Geschichte beginnt mit einem Beschluss, den die Europäische Union vor 20 Jahren gefasst hat: Wir bauen ein Europäisches Haus mit dem Namen Währungsunion und bieten unseren Mitgliedern den Kauf einer Eigentumswohnung an. Dieses Angebot war attraktiv. Es musste kein Kaufpreis gezahlt werden. Die Käufer mussten lediglich ihre Währung aufgeben und den Euro einführen.

Viele Bürger fragten die Politik damals, welche Risiken mit dem Kauf der Eigentumswohnung verbunden sind. Diese Bürger wurden von der Politik mit dem Hinweis auf die Hausordnung der Wohnungseigentümergeinschaft beruhigt.

Diese war kurz und knackig. Sie bestand aus nur 4 Paragraphen, durch die die Wohnungseigentümer zu einem anständigen Verhalten gezwungen werden sollten.

- §1: Es gibt Schuldenobergrenzen,
- §2: Neue Käufer müssen sich daran halten,
- §3: Die EZB garantiert die Stabilität des Euro,
- §4: Kein Wohnungseigentümer haftet für die Schulden der anderen.

Nach einigen Jahren stellte sich heraus, dass die Hausordnung nicht das Papier wert war, auf dem sie geschrieben worden war.

2005 wurden die festgelegten Obergrenzen für die Verschuldung durch die Wohnungseigentümer, allen voran Deutschland und Frankreich, überschritten. Damit war der § 1 der Hausordnung gebrochen.

Im Laufe der Zeit wurden neue Wohnungseigentümer aufgenommen, obwohl sie die festgelegten Schuldengrenzen beim Kauf nicht eingehalten haben. Damit war der § 2 gebrochen.

Als einige Wohnungseigentümer durch ihre unseriöse Schuldenpolitik das Wohngeld nicht mehr bezahlen konnten, sprang die Europäische Zentralbank ein. Sie beteiligte sich an der Wohngeldfinanzierung. Damit war der § 3 gebrochen.

Als die Lage immer bedrohlicher wurde, erhielten die zahlungsunfähigen Wohnungseigentümer zu Lasten der anderen Wohnungseigentümer Geld zur Bezahlung des Wohngeldes. Damit war der § 4 gebrochen.

Die Moral von der Geschichte: Wenn die Wohnungseigentümer sich an ihre Hausordnung gehalten hätten, könnte ich jetzt mit meinem Vortrag aufhören. Wir hätten dann keine Europäische Schuldenkrise. Da wir sie aber haben, müssen wir auch über sie sprechen.

Der Europäische Schuldenberg ist in den letzten Jahren ständig gestiegen und wird 2013 auf mindestens 9000 Mrd. Euro angewachsen sein. Die Schulden der Krisenländer Griechenland,

Italien, Irland, Portugal und Spanien werden 2013 mindestens insgesamt 3700 Mrd. Euro betragen. Der Schuldenverzicht für Griechenland ist hierin noch nicht enthalten.

Im Mai 2010 gab es den ersten Warnschuss gegen den Schuldenberg durch die Investoren. Sie verlangten höhere Zinsen und erklärten, dass sie die Schuldenpolitik nicht unendlich finanzieren werden. Hier entstand ein Handlungsdruck, auf den die Politik nicht vorbereitet war. Das Krisenmanagement startete daher anstelle eines nachhaltigen Konzepts zur Gesundung mit einer Notoperation, der in immer schnellerem Tempo weitere Notoperationen folgten.

Das sind die Notoperationen des Krisenmanagements:

- Die Rettungsschirme sind die falsche Medizin
- Die Europäische Zentralbank stellte sich durch den Kauf von Staatsanleihen in den Dienst der Politik
- Der Fiskalpakt für mehr Haushaltsdisziplin und das Wachstumspaket halten nicht, was sie versprechen.

Die Rettungsschirme haben 3 Konstruktionsfehler. Der erste betrifft die Behandlung der Investoren. Diese haben durch den Kauf der Staatsanleihen die unverantwortliche Schuldenpolitik erst ermöglicht. Sie haben das auch dann noch getan, als sie wussten, dass die Politik gegen die festgelegten Schuldenobergrenzen verstoßen hat. Sie sind dieses Risiko ohne jeden Zwang freiwillig eingegangen. Als sie dann aber kalte Füße bekamen, wurden die Investoren durch die Rettungsschirme von den Risiken der Staatsfinanzierung befreit. Damit wurde durch die Politik ein wichtiges Prinzip der Marktwirtschaft verletzt. Der Zusammenhang von Gewinnchancen und gleichzeitiger Haftung für die Risiken wurde außer Kraft gesetzt. Das alles zu Lasten der Bürger, die sich nicht wehren konnten.

Der zweite Konstruktionsfehler betrifft die Größe der Rettungsschirme. Sie waren von Beginn an zu klein. Sie mussten daher ständig aufgerüstet werden. Was mit 110 Milliarden begonnen wurde, hat sich jetzt auf eine Haftungssumme von über 1000 Milliarden hochgeschaukelt. Das Haftungsrisiko Deutschlands beträgt einschließlich des Bankenrettungspakets für Spanien 340 Milliarden und ist damit größer, als der Bundeshaushalt 2012. Die Risiken für die Bundesbank aus den Transaktionen der Europäischen Zentralbank sind hierin noch nicht enthalten.

Der dritte Konstruktionsfehler besteht darin, dass sie Risiken aus potentiell nicht rückzahlbaren Schulden abdecken. Rettungsschirme sind nur dann ein geeignetes Instrument, wenn es um die Überbrückung von vorübergehenden Problemen geht. Diese liegen hier nicht vor. Die Problemländer sind strukturell überschuldet und können einen Teil der Schulden bei noch so großen Sparprogrammen nicht zurückzahlen. Die Rettungsschirme helfen hier nicht. Im Gegenteil, sie erhöhen die Verschuldung der Krisenländer.

Nach einer ökonomischen Faustregel liegt die kritische Grenze, von der an die Wirtschaft eines Landes kaum noch wachsen kann, bei 90 % des Bruttoinlandsprodukts. Diese kritische Schuldengrenze haben Griechenland, Italien, Irland und Portugal überschritten. Die Schuldenquote Spaniens wird durch das Bankenrettungspaket auf 90 % steigen. Wenn diese Grenze einmal überschritten worden ist, kommt das Land –wenn überhaupt- nur sehr mühsam alleine aus der Schuldenfalle raus.

Im Klartext heißt das, dass Deutschland für Schulden haftet, die mit einem deutlichen Risiko belastet sind, dass sie nicht zurückgezahlt werden können. Trotzdem tut die Politik immer noch so, als ob die Bürger ungeschoren davon kommen. Wie eine Katze um den heißen Brei geht die Politik um die Frage herum, was mit diesen nicht rückzahlbaren Schulden geschehen soll.

Jetzt zur Europäischen Zentralbank: Als die Investoren sich weigerten, weiter Staatsanleihen der Problemländer zu kaufen, kam es zu einer Art Verschwörung zwischen der Politik und der Europäischen Zentralbank. Sie beteiligte sich durch den Ankauf von Staatsanleihen durch die Hintertür an der Staatsfinanzierung. Das ist nach den Europäischen Verträgen ausdrücklich verboten.

Abgesehen von diesem Verbot, hat der Vorgang eine gefährliche Nebenwirkung. Es kommt zu einer gemeinschaftlichen Haftung für die Schulden der Krisenländer, ohne dass der Bundestag hierüber entscheidet. Die Entscheidung über den Ankauf von Staatsanleihen trifft alleine der Rat der Europäischen Zentralbank in dem Deutschland nur eine Stimme hat. Da die Bundesbank mit 27,1 % an der Europäischen Zentralbank beteiligt ist, trägt Deutschland aber fast ein Drittel der Risiken. Das Ganze ist ein zutiefst undemokratischer Weg, aber ein bequemer Ausweg für die Politik. Durch dieses Handeln hat die Europäische Zentralbank ihre gesetzlich vorgeschriebene Unabhängigkeit von der Politik verloren.

Auch auf einer anderen Ebene hat sich die Europäische Zentralbank in den Dienst der Politik gestellt. Durch die Öffnung des Geldhahns hat sie künstliches Geld in die Wirtschaft gepumpt. Das Geld ist nicht erarbeitet oder erspart worden, es hat keinen Bezug zur realen Wirtschaft. Die Europäische Zentralbank hat damit ihre gesetzlich festgelegte Verpflichtung, ausschließlich auf die Geldwertstabilität zu achten, verletzt. Dies wird zu neuen Finanzblasen und steigenden Inflationsraten führen. Die Zeche zahlt schon jetzt der Sparer. Er erhält nur noch Diätrenditen.

Als der Druck der Kapitalmärkte trotz aller Rettungsmaßnahmen immer stärker wurde, versuchte die Politik durch einen neuen Fiskalpakt für mehr Haushaltsdisziplin und ein Wachstumspaket wieder Vertrauen zu schaffen. Die Begeisterung der Kapitalmärkte hielt sich Grenzen. Zu Recht, denn der neue Fiskalpakt ist nichts anderes als ein Aufguss des alten Wachstums- und Stabilitätsvertrags, der von der Politik mehrfach gebrochen worden ist. Entgegen der Behauptung der Politik enthält der Fiskalpakt keine voll automatischen Sanktionen bei einer Verletzung der neuen Schuldenbremsen. Die Durchsetzung von Sanktionen kann auch künftig von der Politik verhindert werden.

Das Wachstumspaket mit einer Summe von 120 Mrd. Euro enthält überwiegend Geld, das aus schon beschlossenen Programmen kommt. Verbindliche Regelungen zur Umsetzung von konkreten Maßnahmen gibt es nicht.

Unter dem Strich sieht das so aus: Das im Fiskalpakt vereinbarte konzertierte Sparen wird, wenn es denn überhaupt durchgeführt wird, die ohnehin schon schwache Konjunktur der Problemländer weiter beeinträchtigen. Es ist unwahrscheinlich, dass diese negativen Auswirkungen durch starke positive Impulse aus dem Wachstumspaket aufgefangen werden können.

Es besteht daher weiterhin die Gefahr, dass die Problemländer durch ihre mangelnde Wettbewerbsfähigkeit auf Dauer von Transferzahlungen der anderen Euro-Länder angewiesen sein werden. Die Kosten einer solchen Transferunion werden für Deutschland beträchtlich

sein. Hierzu gibt es neue Berechnungen von Prof. Meyer von der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg. Er sieht die jährlichen Kosten in einer Bandbreite von 75 bis 150 Mrd. Euro und beziffert die Einmalkosten bei einem Austritt Deutschlands aus der Währungsunion mit 300 bis 400 Mrd. Euro.

In welchem Zustand befindet sich die Euro-Zone jetzt nach all den Rettungsmaßnahmen. Die Rettungsschirme sind immer noch zu klein. Aus den bisherigen Rettungsschirmen stehen nach Abzug der bereits bewilligten Hilfen nur noch 400 Mrd. Euro zur Verfügung. Alleine Spanien und Italien zusammen haben bis 2014 einen Bedarf an neuen Finanzmitteln in Höhe von 1.052 Mrd. Euro. Sollte die Beschaffung dieser Gelder auf dem Kapitalmarkt nicht gelingen, reicht die jetzige „Feuerkraft“ der Rettungsschirme nicht aus. Hinzu kommt, dass für den dauerhaften Rettungsschirm ESM noch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts am 12.9.2012 abgewartet werden muss.

Gleichzeitig kämpft Europa mit einer abnehmenden Wirtschaftskraft. In den aufstrebenden Ländern Brasilien, China und Indien wachsen gut ausgebildete Talente im Ingenieurwesen und in der Informationstechnologie heran. Europa hat in diesen Bereichen einen Fachkräftemangel. Italien, Spanien und Portugal sind in eine Rezession geraten. Griechenland kämpft mit einem Kollaps. In den Problemländern ist die Arbeitslosigkeit deutlich angestiegen. Die Arbeitslosenquote für junge Menschen liegt in Griechenland und Spanien mittlerweile über 50 Prozent.

Letzter Punkt hierzu: Mit ihrer alternden Gesellschaft stehen die Euro-Länder vor einer nicht umkehrbaren Entwicklung: Der steigenden Zahl der Rentner und Pensionäre steht ein sinkendes Erwerbspersonenpotential gegenüber. Für die Finanzierung der hiermit verbundenen Belastungen gibt es bisher kein nachhaltiges Konzept.

Wie versprochen, jetzt eine Wegbeschreibung, wie Europa (noch) gerettet werden kann. Die Europäische Währungsunion befindet sich seit dem Ausbruch der Krise im Mai 2010 auf dem ungebremsten Weg in eine Schuldengemeinschaft. Ein Zurück zum Ausgangspunkt der Währungsunion ist politisch nicht mehr möglich. Deutschland hat hohe Risiken übernommen. Es ist nach dem Sprichwort „Mit Gefangen - Mit Gehangen“, erpressbar und muss auf seine Handlungsfähigkeit achten.

Sicher ist, dass ein Entkommen zum Nulltarif nicht mehr möglich ist. Auch Deutschland wird seine Rechnung in Form von Verlusten aus den Finanzhilfen erhalten. Es geht jetzt darum, den Super-GAU, das heißt die ungeordnete Explosion der Währungsunion, zu verhindern.

Es muss unverzüglich mit einer schmerzhaften Therapie begonnen werden:

- Schritt 1: Notenbank wieder Hüterin der Währungsstabilität
- Schritt 2: Einführung eines effizienten Krisenmanagements
- Schritt 3: Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit

Als erste Maßnahme muss der schwere Missbrauch der Europäischen Zentralbank beendet werden. Nach dem deutschen Grundgesetz sind die Unabhängigkeit der Notenbank und die Sicherung der Preisstabilität ein Staatsziel der Bundesrepublik Deutschland. Der Kauf von Staatsanleihen der Problemländer muss aufhören. Bei der Einführung des Euro ist die Europäische Zentralbank nach dem Vorbild der Bundesbank errichtet worden. Wenn dies nicht geschehen wäre, hätten der Bundestag und der Bundesrat der Währungsunion mit Sicherheit nicht zugestimmt.

Als zweite Maßnahme muss Europa ein effizientes Krisenmanagement einführen. Der Bundestagspräsident, Prof. Lammert, hat in einem Interview mit der Rheinischen Post im Juli 2011 folgendes gesagt:

„17 Länder haben eine gemeinsame Währung, aber sie bilden keinen gemeinsamen Staat. Die Ursachen der Krise und die begrenzten Möglichkeiten, sie zu managen, scheinen mir auch damit zusammenzuhängen.“

Ich möchte hier dem Bundestagspräsidenten zurufen: Alles richtig, aber die Euro-Zone kann nicht so lange warten, bis aus Europa ein Staat geworden ist. Das effiziente Krisenmanagement wird jetzt gebraucht.

Die bisherigen Finanzhilfen durch die Rettungsschirme sind mit Auflagen verbunden, die die Nehmerländer erfüllen müssen. Da die Nehmerländer aber ihre finanzpolitische Souveränität behalten haben, sind die Geberländer bei der Umsetzung der Auflagen auf den guten Willen der Regierungen der Nehmerländer angewiesen. Sie können nur durch nachträgliche Kontrollen feststellen, ob und in welchem Umfang die Auflagen umgesetzt worden sind. Es hat sich gezeigt, dass dieses Kontrollrecht nicht ausreichend ist. Es muss durch ein aktives Mitspracherecht bei dem Einsatz und der Verwendung der Finanzmittel ersetzt werden. Wir müssen zu dem alten Grundsatz „Wer das Geld gibt, hat das Sagen“ zurückkommen. Im Kern geht es darum, dass die Nehmerländer nicht alleine über die Finanzmittel entscheiden dürfen und Auszahlungen an konkrete Projektfortschritte gebunden werden. Die Botschaft von Deutschland muss lauten: „Künftige Hilfen nur gegen Mitsprache“.

Wie kommen wir jetzt weg von der nachträglichen Kontrolle hin zu einem aktiven Mitspracherecht. Bei der Ausübung ihres Mitspracherechts müssen die Geberländer mit einer Stimme sprechen. Ansonsten bleibt es wirkungslos. Sie müssen daher ihr Mitspracherecht bündeln und durch eine Vertragsvereinbarung auf ein neues Entscheidungsgremium, sprich als Arbeitstitel ein Europäisches Finanzministerium, übertragen. Zu den Zuständigkeiten des Europäischen Finanzministeriums muss zum Schutz der Geberländer auch die Entscheidung über einen vorübergehenden Austritt von Problemländern aus der Währungsunion gehören.

Natürlich bedeutet das einen Eingriff in die finanzpolitische Souveränität der Nehmer-Länder. Diesem Eingriffsrecht steht aber der hierdurch mögliche Schutz der Geberländer vor einer eigenen Überforderung gegenüber. Eine solche Überforderung kann und darf nicht im Interesse der Nehmerländer liegen.

Die Bundesregierung muss hier die Federführung übernehmen und ein Konzept für ein Europäisches Finanzministerium vorlegen. Deutschland darf neue Finanzhilfen nur noch unter der Auflage bewilligen, dass die Euro-Länder einem solchen Konzept zustimmen.

Der dritte Schritt, die Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit der Nehmerländer ist die alles entscheidende Herausforderung. Die Euro-Länder können nach dem jahrzehntelangen Genuss des süßen Stoffs der Verschuldung nicht über Nacht auf Entzug gesetzt werden. Sie brauchen die privaten Investoren auch künftig für ihre Finanzierungsbedürfnisse. Die Politiker können tagsüber auf die Investoren so laut schimpfen wie sie wollen, nachts gehen sie auf den Kapitalmarkt und bitten um Kredite. Genau an diesem Punkt wird es aber jetzt schwieriger.

Die Zeit, in der Staatsanleihen als risikolos angesehen wurden, ist vorbei. Die Investoren werden folgende Frage in den Mittelpunkt stellen: Kann ein Euro-Land seine Schulden ohne eine Hilfe von außen tragen?

Wenn diese Frage in Bezug auf einige Euro-Länder mit „Nein“ beantwortet wird, erzwingt das eine weitere Erhöhung der Rettungsschirme. Dieser Erhöhungs-Schnellzug wird spätestens dann vor den Prellbock fahren, wenn die Geberländer finanziell überfordert sind. Aus dieser Sackgasse gibt es zwei Auswege.

Der erste Ausweg führt über einen Erlass der Schulden der Problemländer, die bei noch so großen Sparanstrengungen nicht zurückgezahlt und von den betreffenden Ländern alleine nicht getragen werden können. Ich habe bereits dargelegt, dass einige Problemländer die kritische Schuldengrenze von 90 % des Bruttoinlandsprodukts überschritten haben. Die für die Problemländer insgesamt nötigen Schuldenschnitte haben nach den vorliegenden Prognosen eine Größenordnung von mehreren Hundert Milliarden Euro. Bisher hat es lediglich einen Schuldenerlass durch die privaten Gläubiger Griechenlands von 107 Mrd. Euro gegeben. Für die Problemländer insgesamt ist der aber nicht ausreichend. Trotzdem hat die Politik erklärt, dass die Beteiligung der privaten Gläubiger im Falle Griechenlands eine einmalige Ausnahme darstellt. Damit ist der erste Ausweg, jedenfalls solange wie die Politik eine Beteiligung der öffentlichen Gläubiger ausschließt, verstopft.

Es bleibt also nur der zweite Ausweg. Dieser sieht wie folgt aus: Das Europäische Finanzministerium entscheidet über einen vorübergehenden Austritt von Problemländern aus der Währungsunion. Unter Federführung des Europäischen Finanzministeriums werden nationale Programme zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit erarbeitet. Dazu gehören die Konsolidierung der Haushalte und für eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit auch eine Neubewertung der eigenen Währung. Die in der Währungsunion verbleibenden Länder werden nicht darum herum kommen, die länderspezifischen Programme durch gezielte Hilfen über das Europäische Finanzministerium zu unterstützen. Nach der Gesundung erhalten diese Euro-Länder eine Option auf eine Rückkehr in die Währungsunion. Wenn ein Land sich weigert, diesen Weg zu gehen, müssen alle Finanzhilfen beendet werden.

Meine Schlussbemerkung: Europa steht am Scheideweg. Der von der Politik geforderte Erhalt der Währungsunion in der jetzigen Form mit allen 17 Mitgliedern ist ein Wunschtraum. Das Europäische Schuldenschiff kann durch 17 Kapitäne nicht in den Hafen der Stabilität gesteuert werden. Die Politik darf die Bildung eines Europäischen Finanzministeriums nicht auf die lange Bank schieben und ein vorübergehendes Ausscheiden von wirtschaftlich schwachen Euro-Ländern nicht ausschließen.

Der Weg zur Rettung ist keine entspannte Ferienwanderung. Für den bisherigen Rettungswahnsinn muss ein hoher Wegezoll bezahlt werden. Die Schönfärberei durch die Politik muss aufhören und durch Ehrlichkeit ersetzt werden.

Es geht jetzt um die Rettung der Europäischen Idee, die bei einer ungeordneten Explosion auf lange Sicht zerstört wäre. Es geht um Europa als einen handlungsfähigen Partner im globalen Wettbewerb.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Düsseldorf, im August 2012

Siegfried Hildebrandt